

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

N. 592.

Abendblatt. Mittwoch, den 18. Dezember

1867.

Deutschland.

Berlin, 17. Dezember. Die in mehreren Blättern verstreuten Nachrichten über eine zwischen der preußischen und dänischen Regierung eingetretene Spannung sind grundlos. Der dänische Gesandte, Herr v. Quaade, hat sich, wie wir auch früher erwähnt haben, nach Kopenhagen begeben, um dort neue Instruktionen einzuholen. Ob er als Gesandter hierher zurückkehren wird, hängt von seinem Gesundheitszustand ab. Herr von Quaade hat sich schon früher öfter in diesen Kreisen dahin ausgesprochen, daß er sich nach Beendigung der vertraulichen Berathungen aus Gesundheitsrücksichten aus dem öffentlichen politischen Leben zurückziehen werde. Sollte dieser Entschluß jetzt zur Ausführung kommen, so ist daraus nicht der Schluss zu ziehen, daß in den vertraulichen Berathungen ernsthafte Differenzen hervorgetreten seien. — Neuerdings wird von einigen Blättern wieder mit großer Bestimmtheit die Enthaltung eines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in nahe Aussicht gestellt, damit dem Grafen Bismarck die Geschäftslast erleichtert und denselben mehr Zeit für die Bundesangelegenheiten gewährt werde. Ob eine solche Veränderung später erfolgt, bleibe dahin gestellt, nahe bevorstehend ist sie indeß nicht. Darauf weist auch sowohl der Etat des norddeutschen Bundes wie der preußische Etat hin, in welchen eine Dotirung für den Bundeskanzler befannlich nicht in Anspruch genommen worden ist. Im Laufe des Jahres 1868 scheint also, sofern nicht zwingende Umstände eintreten, eine Aenderung in der angegebenen Richtung nicht beabsichtigt zu werden. — Der Wunsch nach Vereinigung der Interessen des norddeutschen Bundes zieht sich auf keinem Gebiete so lebhaft und allgemein zu erkennen, als auf dem der Landwirtschaft. Aus diesem Wunsche ist auch die Idee hervorgegangen, einen Kongress der Landwirthe des norddeutschen Bundes zu berufen, wenn schon dieselbe als eine sachgemäße nicht zu bezeichnen ist, da bereits in dem Landes-Dekonomie-Kollegium eine Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen geschaffen ist, deren Ausdehnung auf den ganzen norddeutschen Bund nur zu bewirken wäre. Es ist diese Möglichkeit in den massgebenden Kreisen Preußens und anderer Bundesstaaten schon erwogen worden. Jetzt ist nun auch die Frage von den Landwirthen selbst angeregt worden, und zwar von dem Verein für Land- und Forstwirtschaft im Herzogthum Braunschweig. Dieser Verein hat nämlich, indem er sich zugleich gegen die Kongress-Idee erklärt, den Wunsch ausgesprochen, daß das preußische Landes-Dekonomie-Kollegium auch aus den andern Bundesländern Mitglieder aufnehmen möge.

Berlin, 18. Dezember. Sr. Maj. der König hielt gestern im Forstrevier Hammer eine Jagd auf Roth-, Damm-, Schwarzwild &c. ab und hatte zu derselben und zu dem darauf folgenden Diner im Schlosse zu Königs-Wusterhausen noch geladen den Grafen Solms-Baruth, den Grafen Solms-Baruth-Golßen, den Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen, den Hofmarschall v. Schulenburg, den Landrat v. Gayl zu Teltow, den Landrat a. D. v. Knesebeck, den Rittergutsrat v. Moser &c. Abends lebte der König mit den Königlichen Prinzen, dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha und der übrigen Jagdgemeinschaft per Extrazug von Königs-Wusterhausen nach Berlin zurück. Vorher konferierte der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und waren auch der Kronprinz und der Herzog zu Sachsen-Coburg-Gotha bei dieser Konferenz zugegen.

Nach der „B. C.“ wird die französische Diplomatie in Florenz Alles aufstellen, um den König Viktor Emanuel zur Auflösung der Kammer zu veranlassen, falls ein mißliebiges Votum derselben in der Römischen Frage unvermeidlich sein sollte. Man hofft, nach den wohl nicht ganz zuverlässigen Quellen dieses Blattes, dadurch vor allen Dingen Zeit zu gewinnen.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung der Gesetzentwürfe, betreffend die Errichtung von Darlehnskassen in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen und die Aufnahme einer Anleihe von 40 Millionen für Eisenbahnzwecke, trat gestern Abend 6 Uhr, unter dem Vorstehe des Abg. Rothe zusammen, um die Vorberathung zu beginnen. Die Regierung war vertreten durch die Minister Freiherr v. d. Heydt, Graf Ippenbisch und durch die Kommissarien Geh. Räthe Meinecke und v. Wulffstein. Die Kommission trat zunächst über den ersterwähnten Gesetzentwurf in Berathung, zu welchem sie, im Einverständniß mit dem Finanzminister, in Form eines neuen Gesetzentwurfs ein Amending einbrachte, nach welchem die Darlehnskassen nicht von der Bank, sondern von den Regierungs-Hauptkassen und den Kreiskommissionen verwaltet und anstatt mit 1,228,000 Thalern mit einer Million mehr, also mit 2,228,000 Thln. Darlehnskassenscheinen ausgestattet werden sollen. Es entspann sich eine sehr lange und lebhafte Debatte über die Aenderung und über den Gesetzentwurf überhaupt, welche keineswegs dem neuen Gesetzentwurf selbst galt, sondern nur den Formalitäten wegen Anfertigung der neuen Kassenscheine im Betrage von 1 Million. Nach 8 Uhr war die Generaldiskussion beendet und es begann die Spezialdiskussion über die einzelnen Paragraphen, welche nunmehr der Fassung des Finanzministers entsprechend abgeändert werden müssen. Die Kommission schloß sich der Auffassung des Finanzministers, daß 1,228,000 Thlr. nicht hinreichend seien, um das Bedürfniß zu decken, an, und hatte auch nichts gegen die Ausführungen des Handelsministers einzubwenden, daß die Verwaltung durch die Kreiskommissionen bei Weitem der weitläufigen Mitwirkung der Kreistage vorzuziehen sei. Bei der Spezial-Diskussion über die einzelnen Paragraphen des ganz veränderten Gesetzentwurfs beschloß die Kommission, Darlehen an die ländlichen Grundbesitzer (es hieß anfangs „bäuerlichen“ Grundbesitzer) aber nicht über 200 Thaler und nicht unter 15 Thlr. zu gewähren, während der Finanzminister

vorgeschlagen hatte, daß die Darlehe nicht unter 50 Thaler sein sollten. Der Entwurf wurde angenommen und mit der mündlichen Berichterstattung der Abgeordnete Jacobi (Liegnitz) beauftragt.

In der nationalliberalen Fraktion glaubt man, den Intentionen des Grafen Bismarck nahe zu kommen, wenn das Abgeordnetenhaus eine Sympathieerklärung für die Integrität Staats. abgibt.

Die Fraktion der Freikonservativen des Abgeordnetenhauses hat am Sonnabend ihren Vorstand für die Dauer der Landtagsession definitiv gewählt; hierbei ist die Zahl der Vorstandsmitglieder, welche bisher nur drei betrug, auf fünf normirt worden und sind die Herren Dr. Aschenbach, Agricola, Graf Bethy-Hue, Dr. Küpper und Freiherr v. Rüppel (Lybeck) gewählt worden.

Die Fraktion der Freikonservativen des Abgeordnetenhauses hat eine Kommission von fünf Mitgliedern, bestehend aus den Herren Nothe, Agricola, Hoffmann, Prinz Karl zu Hohenlohe und Graf v. Windpingerode, gewählt, welche die Geschäftspunkte erörtern und feststellen soll, von denen aus die Fraktion die in Aussicht stehende Reform der Kreis- und der ländlichen Polizeiverfassung zu beurtheilen haben wird.

Berlin, 17. Dez. (Haus der Abgeordneten.) 18. Sitzung. (Schluß.) Bei dem Tit. 4.: Befestigungsverbesserungen 600,000 Thaler, kommt der früher diskutierte und durch die Abstimmungen des Hauses über die Gehaltserhöhungen der Minister, Oberpräfektur u. s. w. modifizierte Antrag Birchow's von Neuem zur Sprache, der die damals gestrichenen Erhöhungen diesem Tit. 4. zugesetzt wollte. Nach den erfolgten Bewilligungen blieben noch 6600 Thlr. übrig, die der Birchow'sche Antrag der Summe von 600,000 Thlr. hinzuzügen will. — Regierungs-Kommissar Möller: Es sind drei verschiedene Beamten-Kategorien, die Berücksichtigung finden sollen, Beamte der Zentral-, der Provinzialverwaltung und der Postbehörden. Eine vollständige Uebersicht über die Vertheilung hat nicht verschafft werden können. Die Abstift der Regierung geht dahin, dieselbe zunächst für die Beamten der Postbehörden zu verwenden. Die ganze Zahl der zu verbessernden Beamten beträgt ungefähr 10,000; eine Zulage von 100 Thlr. für jeden würde schon 1,000,000 Thlr. betragen; mit den 600,000 Thlr. sind also die Ansprüche noch nicht vollständig befriedigt. Vorläufig wird daher nichts Anderes übrig bleiben, als daß diese 600,000 Thlr. ohne näheren Nachweis bewilligt werden. Ein spezieller Nachweis wird dem nächsten Landtag zugehen. — Abg. Kosch empfiehlt den Birchow'schen Antrag. Daß die Summe nur 6600 Thlr. betrage, bestätigt er auch, das sei aber kein Grund, dieselbe überhaupt nicht in die Befestigungsverbesserungen aufzunehmen. Redner spricht seine Wünsche in Bezug auf die Vertheilung der Summe aus und will namentlich die östlichen Provinzen mit Rücksicht auf den diesjährigen Notstand berücksichtigt sehen. — Abg. Dr. Bander plädiert speziell für die Regierungs-Sekretäre. — Finanzminister v. d. Heydt: Ich halte es nicht für richtig, daß von Seiten des Hauses die Initiative ergriffen werde zu neuen oder vermehrten Ausgaben. Denn ohne vollständige Kenntnis des kolossal Materialis ist das Haus nicht im Stande, jemals einen bestimmten Bitt zu machen über die bringenderen oder weniger dringenderen Ausgaben. Es ist allerdings sehr leicht, sich für eine bestimmte Ausgabe zu interessiren; ob es aber wohlgethan ist, die Dinge bei dieser Gelegenheit zu schwarz zu malen, das überlasse ich dem Urtheile des Hauses. Daß, obgleich schon so viel für die Aufbesserung der Gehälter geschehen ist, noch immer Millionen dafür verwendet werden können, ist ja ganz unzweifelhaft, aber Sie haben aus dem Budget ersehen, wie schwierig es gerade diesmal gewesen ist, für alle Bedürfnisse zu sorgen. Rücksichtlich der von dem Abgeordneten Kosch über den Notstand in der Provinz Preußen gemachten Anmerkungen bemerke ich, daß die Regierung aus diesen Zuständen Veranlassung genommen hat, für die dortigen Unterbeamten eine Summe von vorläufig 50,000 Thln. zu außerordentlichen Zulagen anzuseilen; die Regierung wird auch ohne besondere Anregung diese Verhältnisse im Auge behalten und thun, was in ihren Kräften steht.

Ob in diesem Falle die Regierung dem Antrage Birchow zustimmt, darüber muß ich eine Erklärung bis zur Schlussberathung verschieben. — Abg. Westen erklärt sich dagegen, der Regierung Summen zur Verabsagung aufzudrängen, die sie nicht verlangt hat und erörtert die Frage, ob die hier verlangten 600,000 Thlr. als einmalige Zulage oder als dauernde Gehaltserhöhung zu betrachten sind. — Abg. v. Kirchmann macht auf das Bedürfnis einer so großen Haushaltserhöhung für Beamte aufmerksam, wenn die Regierung nicht bei der Vertheilung von allen persönlichen Rücksichten auf politische Gefinnung und dergleichen abstießt. In früheren Jahren ist sogar rückerlichen Beamten aus solchen Gründen die ihnen zufolgenden Gehaltserhöhung vorenthalten worden; in neuerer Zeit ist das allerding nicht mehr geschehen, aber ein beruhigendes Wort des Herrn Finanzministers wäre doch sehr wichtig. — Der Finanzminister stimmt in wenigen, leise gesprochenen, dem Sinne nach nicht ganz deutlichen Worten der Erwartung des Vorredners bei.

Abg. v. Hooverbeck: Ich fasse die Worte des Herrn Ministers so auf, als hielte er die Erfüllung der Forderung des Abg. v. Kirchmann für selbstverständlich und ich betrachte seine Anerkennung als eine vor dem Hause übernommene, ihm bindende Verpflichtung. Die Kreisgerichts-Sekretäre leiden dadurch, daß eine ihnen gewährte Zulage die schlechte Lage ihrer Vorgesetzten, der Kreisrichter, gar zu ellatant ins Licht setzen würde (Zustimmung). Dagegen halte ich das Haus wohl für berechtigt, Summen von einem Titel auf den andern zu übertragen und die Regierung zu Mehrausgaben zu ermächtigen. — Abg. v. Binde hält diese Auffassung des Budgetsrechts für zu weit gehend und beruft sich auf England, Dahlmann u. s. w. Die Position von 600,000 Thlr. wird bewilligt; die Hinzufügung der oben erwähnten 6600 Thlr., die der Abg. Kosch durch einen besonderen Antrag empfohlen hatte, abgelehnt.

Unter den einmaligen Ausgaben ist eine Position von 70,000 Thlr. für die Erweiterung der Geschäftsräume des Finanzministeriums angelegt.

Abg. Graf Renard: Die Denkschrift oder vielmehr das Denkschiff, das die Erweiterung motiviert, enthält viel zu allgemeine Gründe, und die speziellen sind nicht zutreffend. So ist mir z. B. nicht bekannt, daß wegen der beschränkten Lokalität jemals der Absatz der Lotterielose oder die rechtzeitige Bziehung der Lotterie gefährdet worden. Es wird ferner das alte Gießhaus für die Erweiterung als geeignet in Aussicht genommen, bald darauf aber steht man, daß das alte Gießhaus doch nicht geeignet sein wird. Nach alledem scheint mir gar kein bestimmtes Projekt vorzuliegen, einen Fonds anzusammeln, um nach und nach ein zweites kleines Finanzministerium zu bauen (Heiterkeit). Dazu möchte ich mich aber doch nicht hergeben. — Finanzminister v. d. Heydt: Es handelt sich bei der Erweiterung der Finanzgebäude um wichtige Zwecke, es soll dadurch ein mehr geregelter und prompter Geschäftsgang, als es bisher möglich war, durchgeführt werden können. Es ist ein großer Übelstand, daß die Generalsakriste in so großer Entfernung vom Finanzministerium liegt. Außerdem ist schon längst der Wunsch gehegt worden, daß sämtliche Zweige des Finanzministeriums in einem Gebäude vereinigt werden. Die Absicht der Regierung geht nun dahin, im Gebäude des Finanzministeriums Büroräume für sämtliche Abteilungen des Finanzministeriums einzurichten. Durch das Hin- und Hertragen der Akten tritt oft ein großer Zeitverlust ein, und es soll deshalb den Räthen Gelegenheit gegeben werden, im Ministerium zu arbeiten, dies soll nun durch den beabsichtigten Umbau

bewirkt werden. Das Projekt wird ca. 120,000 Thlr. kosten. Die Baubeamten sind gegenwärtig noch mit der Feststellung des Bauplanes und des Kosten-Anschlages beschäftigt; ich hoffe, denselben im Laufe der Session noch vorlegen zu können. Das Projekt ist durchaus zweckmäßig; ich bitte deshalb um Bewilligung der zur Ausführung derselben benötigten Summe. — Abg. Grumbrecht: Die Denkschrift des Ministers veruft sich auf das Bedürfnis der Lotterie-Verwaltung. Wir haben nun aber kürzlich die Regierung angesprochen, die Lotterie überhaupt aufzubeben; es werden also event. noch die Räume der Lotterie-Verwaltung disponibel. So lange darüber kein Erklärung erfolgt, kann ich nicht für die geforderte Summe stimmen. — Finanzminister v. d. Heydt: Ursprünglich sollten allerdings auch Bureau-Räume für die Lotterie-Verwaltung errichtet werden, später aber hielt man es für nötig, Arbeitsräume für die Räthe zu errichten, damit die Geschäftsführung besser und schneller von Statthen gehe.

Abg. Birchow: Die Gründe, die der Herr Finanzminister heute angegeben hat, sind ganz andere, als die in der Denkschrift angeführten, das Projekt ist geändert worden; wir können deshalb die Summe nicht bewilligen, bevor uns nicht der Bauplan vorliegt. — Finanzminister Febr. v. d. Heydt: Ich habe noch die ausdrückliche Erklärung nachzuholen, daß die Wohnungsräume des Finanzministers bei dem Umbau gar nicht berührt werden, sondern daß es sich nur um die Büros handelt. — Abg. v. Flottwell wünscht Bewilligung der Summe. Der Abg. Birchow versteht nichts von der Sache. (Unruhe lins.) Er möge erst hingehen und sich das Gebäude des Finanzministeriums besiehen; dann werde er anderer Meinung werden. (Unruhe lins.) Der Abg. Renard würde sicherlich dagegen protestieren, wenn er in so kleinen Räumen arbeiten sollte, wie die Büros im Finanzministerium wären. — Abg. Graf Renard: Der Finanzminister hat meine Behauptung nicht widerlegt, daß noch gar kein bestimmtes Projekt vorhanden ist. Im Gebäude des landwirtschaftlichen Ministeriums sind noch größere Nebelstände, denen noch eher abgeholt werden muss. — Finanzminister v. d. Heydt erklärt, daß das Projekt allerdings im Allgemeinen schon feststehe, durchaus zweckmäßig und dringlich sei. Der Bauplan solle vorgelegt werden, sobald er ganz fertig wäre. — Abg. v. Patow befürwortet dringend die Bewilligung; die Geschäftsräume seien für die Bedürfnisse der Beamten sowohl, wie des Publikums, durchaus unzureichend. Der Finanzminister persönlich habe durchaus keinen Vorbehalt davon, sondern verlire im Gegenteil durch den Umbau einen Theil seines Gartens. — Der Schluss der Debatte wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen, in denen Abg. Birchow die Anerkennung des Abg. Flottwells gegen ihn als ungehörig zurückweist. — Ein Antrag des Abg. v. Unruh, die Abstimmung über die Bewilligung der 70,000 Thlr. bis zum Schlusse der Vorberathung des Budgets aufzuschieben, weil bis dahin der Bauplan mitgetheilt sein werde, wird mit 180 gegen 172 Stimmen abgelehnt; darauf die Forderung der Regierung (70,000 Thlr.) mit einer schwer erkennbaren Majorität bewilligt. — Den letzten Titel der einmaligen Ausgaben bildet die 50,000 Thlr. für die Landes-Triangulation. — Der Präsident erhebt dem Abg. Dr. Engel (Schleiden) das Wort, der die Abstimmung aufzuschieben beantragt, bis die Bewilligung für die mittel-europäische Gradmessung erledigt ist. (Stürmischer Ruf von allen Seiten: Verlagen! Verlagen!) Präsident: Ich habe dem Abg. Engel das Wort bereits erhebt, aber er hat versprochen, kurz zu sein. (Heiterkeit.) Die Versammlung ist sehr unruhig, durch fechstündige Verhandlungen und die in dem erwarteten Saale verstreute hohe Temperatur ermüdet; nachdem Regierungs-Kommissar Möller erklärt hat, daß es sich hier nicht um eine neue, sondern um eine seit Jahren bewilligte, nur bisher im Etat des Kriegsministeriums aufgestellte Forderung handle, wird der obige Antrag genehmigt.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Tagesordnung: Wahl des Präsidiums, der Mitglieder der Staatschulden-Kommission, Wahlprüfungen.)

Schwerin, 14. Dezember. Die aus Mecklenburger Landtagsmittheilungen stammende Nachricht, daß zwischen dem norddeutschen Bunde und Frankreich eine Verständigung, betreffend die Bestimmungen des mecklenburgisch-französischen Handelsvertrages über die Weinölze, zu Stande gekommen sei, ist vorläufig noch als verfrüht anzusehen, da die Verhandlungen über diesen Gegenstand in Berlin noch fortduern.

Dresden, 17. Dezember. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer brachte die Regierung einen Gesetzentwurf ein über die Aufstellung von Geschworenenlisten und die Bildung einer Geschworenenbank. Der Entwurf wurde einer besonderen Kommission überwiesen, welche auch die ferneren kriminalestrichen Vorlagen vorberathen soll.

München, 17. Dezember. Auf der Brennerbahn oberhalb der Station Gries ist eine Lawine herabgestürzt. Der Verkehr ist dadurch unterbrochen.

Ausland.

Wien, 16. Dezember. Nach Regierungsmitteltheilungen aus Egypten wäre die abysstische Expedition sistirt, da König Theodor die Erfüllung der Forderungen Englands zugesichert habe.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Veräußerung von Staatsgegenständen im Betrage von 15 Millionen, ein. Der Minister hob hervor, daß die bezüglichen Staatsgüter größtentheils seit lange zur Veräußerung bestimmt waren und in Bezug hierauf bereits ein Ausspruch des Reichsraths vorliege. Bei den vielfach veränderten Staatsverhältnissen sei es jedoch nothwendig, eine bestimmte Autorisation zu erlangen. Ferner legte der Finanzminister einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Besteuerung von Zucker und Branntwein, befußt Besetzung der Übelstände, welche schwer auf den Einnahmen lasten. Eine dritte heute eingereichte Regierungsvorlage betrifft den Zeitpunkt, in welchem die Verfassung in Wirklichkeit treten soll. Die Vorlage, betreffend die Steuerfreiheit der Neubauten, wurde vom Hause angenommen.

Das Kaiserliche Hoflager siedelt am 23. d. von Schönbrunn nach Wien über. An demselben Tage wird der Erzherzog Ludwig Victor zurückwartet.

Wien, 17. Dezember. Das Abgeordnetenhaus hat einen Gesetzentwurf angenommen, wonach das Gesetz zur Änderung der Februar-Verfassung, das Staatsgrundgesetz und das Delegationsgesetz vom Tage ihrer Kundmachung wirken. Vom Handelsminister wurden zwei Gesetzentwürfe befußt Konzessionierung von zwei neuen Eisenbahnen eingebrochen, wovon die eine von Comotau nach Saaz, sächsische Grenze, und die zweite von Pardubitz durch Deutschland nach Kolin-Bzain geführt werden sollen.

Haag, 17. Dezember. Wie glaubwürdig versteht wird, beruht das in mehreren Zeitungen besprochene Heitethsprojekt zw.

schén dem Prinzen von Oranien und der Prinzessin Mary von Hannover durchaus auf Erfindung.

Bern, 16. Dezember. Die auf gestern im Kanton Zürich nach Zürich, Winterthur, Uster und Bubach ausgeschriebenen demokratischen Volksversammlungen haben unter Theilnahme vieler Tausende stattgefunden. Unter dem Ruf: „Fort mit dem Systeme, nieder mit dessen Trägern!“ wurde das Programm der Verfassungsrevision angenommen.

Paris, 15. Dezember. Die italienischen Regierungsorgane lassen sich von hier berichten, daß an die Stelle der Allianz zwischen Frankreich und Italien mehr und mehr eine Differenz trete, ja, daß der Abbruch des diplomatischen Verkehrs vor der Thür stände. Auch die Sprache der hiesigen Regierung lautet ungemein schroff, und der Hohn gegen den italienischen Nationalgeist erhebt sich in der France und dem Monde mitunter zu hohem lyrischen Schwunge. Indes scheint es dem Kaiser doch unheimlich bei Rouher's Bündnisse mit Thiers und Berryer zu sein, zu dem nun auch noch Walewski sich hinzugedrängt hat, offenbar in der Hoffnung auf die Nachfolgerschaft an Moutier's Stelle im auswärtigen Amt. Nigra's Stellung ist stark erschüttert. Die France zieht auch heute noch stark gegen Italien vom Leber, im Ganzen jedoch spielen seit einigen Tagen wieder mildernde italienische Lüste um die Tuilerien, so daß man bereits wieder Muße findet, sich gegen Deutschland zu wenden. „Weder Württemberg noch Bayern“, demonstriert heute wieder die France, „haben Lust, Sachsen's Loos zu theilen.“

Paris, 17. Dezember. Kaiser Napoleon hat Befehl gegeben, zwei zu dem im mittelländischen Meere befindlichen Geschwader gehörende Schiffe zu entsenden, um die Fregatte „Novara“, welche den Kelchnam Maximilian's mit sich führt, zu eskortieren.

Die „Presse“ glaubt, es werde morgen eine Note im „Moniteur“ erscheinen, welche deutsche und italienische Journale, ebenso die Veröffentlichung von Altenstücken zur Ausfüllung der Lücken im Gelbüchre Frankreichs im Vergleiche mit dem Grünbuche Italiens untersagt.

Paris, 17. Dezember. Der Kaiserliche Hof wird erst am 28. d. M. nach Paris überstiegen. — Die französische Regierung soll ein Circular erlassen haben, in welchem sie die Anzeige macht, daß sie das Konferenzprojekt aufgegeben habe.

Florenz, 16. Dezember. Die „Italie“ erklärt das Gerücht von einer preußisch-italienischen Allianz für eine Erfindung legitimistischer Pressegänge. Unter den Gesetzentwürfen, welche behufs Deckung des Desfalls eingebracht sind, figurirt auch eine Kopfsteuer, deren Ertrag auf 60 Millionen geschätzt wird.

Madrid, 16. Dezember. Die amtliche „Gazeta“ meldet, daß das Marine-Ministerium reorganisiert wird. — Aus Havanna, 14. Dezember, wird telegraphiert, daß ein Kriegsschiff den Hafen verlassen habe, um Porto-Rico Hilfe zu bringen. — Die Cholera ist in Guanajuato aufgetreten.

London, 16. Dezember. Die „Shipping Gazette“ veröffentlicht einen Brief aus St. Thomas vom 21. v. Mts., nach welchem bis zu diesem Datum innerhalb drei Tagen 80—90 Erdöle verspült wurden, von denen 7 länger als eine Minute dauerten. Fast alle Häuser haben gelitten, an 50 Menschen sind umgekommen; die dem Eigentum zugefügten Beschädigungen lassen sich bis jetzt kaum berechnen; auch sind mehrere Schiffe erheblich beschädigt. — Telegraphisch wird außerhand gemeldet, daß die Werften der Dampfergesellschaft fortgeschwemmt sind.

London, 17. Dezember. Der Dampfer eingegangene Nachrichten aus Newyork vom 7. d. M. melden: Eine Resolution des Senats, welche eine Tilgung der Staatschuld durch Banknoten vorschlägt, insofern das Gesetz keine anderen Bestimmungen enthält, wurde dem Finanzausschuß überwiesen. — Der Senat nahm ferner eine von dem Substidien-Comité vorgeschlagene Resolution an, welche ein Gutachten fordert, betreffend die dem Schatzkonservator zu erhellende Ermächtigung auf Abschließung einer vierzigjährigen fünfprozentigen Anleihe behufs Einlösung der 5/20er Bonds. Die Zinszahlung für diese Anleihe sowie auch die Einlösung des Kapitals sollten in Gold erfolgen. — Der Bremer Dampfer „Newyork“ ist aus Newyork in Southampton und der Dampfer „City of Boston“ ebendaher in Queenstown eingetroffen.

Kopenhagen, 16. Dezember. „Berlingske Tidende“ erklärt, den von „Newyork Herald“ gebrachten und dann von den Londoner „Times“ wiederholten Gerüchten gegenüber, daß die Vereinigten Staaten noch keine Expedition nach den westindischen Inseln abgeschickt haben, da die definitive Abtretung derselben noch nicht erfolgt sei. Die Abtretung könnte erst durch die Zustimmung des Kongresses rechtsgültig werden.

Petersburg, 17. Dezember. Der „Russische Invalid“ zieht aus der heute veröffentlichten, die allgemeine Politik betreffenden diplomatischen Korrespondenz vom 24. Februar 1866 bis zum 9. Oktober 1867 folgende Schlussfolgerung: Früher hielt Frankreich die Unterhaltung von Beziehungen zur Sicherung des Friedens mit Russland für nötig und dadurch wurde auch der europäische Friede gesichert. Sobald sich aber Frankreich Österreich näherte, konnte man zwar auch auf Frieden rechnen, aber auf einen Frieden, der gegen Preußens Erweiterung im norddeutschen Bunde und gegen die Bestrebungen Russlands zu Gunsten der Glaubensgenossen in der Türkei gerichtet ist. Ein solcher Friede trägt in sich den Keim eines europäischen Krieges. Das französische Gelbüch habe die Beziehungen der zwischen Russland und Frankreich entstandenen Annäherung nicht erwähnt; die Frucht dieser Annäherung sei die vereinigte Errichtung der vier Großmächte in Konstantinopel gewesen, welche nach einer umfangreichen Korrespondenz erfolgt sei. Die Zusammenstellung des Gelbüches sei unter dem Einfluß der Annäherung zwischen Frankreich und Österreich erfolgt, darin liege die Erklärung, daß die Sammlung der diplomatischen Dokumente seltsame Schwankungen der französischen Politik offenbare. Um derartige grolle politische Widersprüche zu versöhnen, habe der Kaiser Napoleon in seine Thronrede einige Worte eingelegt, welche nach seiner Meinung sowohl Österreich wie Russland befriedigen sollten. Der Passus, daß die Lage der Christen verbessert werden sollte und der über die Integrität der Pforte sei unbestimmt gehalten. Die Thatsachen beweisen fürwahr die Existenz einer zarten — ja rührenden Einigkeit zwischen Frankreich und Österreich. Die französische Regierung habe sich gegenwärtig hinsichtlich der orientalischen Frage gänzlich die Ansicht des österreichischen Kabinetts angestellt. Abgesehen von dieser Angelegenheit sei Frankreich mit Österreich aber auch in der deutschen und italienischen Frage einig.

Das Prinzip dieses Bündnisses sei folgendes: Für die Türkei die Verbannung der Christen zur früheren Sklaverei, für Deutschland das Streben, die Ausbreitung des norddeutschen Bundes zu hindern — für Italien das Bemühen, der Einigung derselben entgegenzuwirken. Ferner habe dieses Bündnis die Unterdrückung der westslavischen Entwicklung und die künstliche Entwicklung polnischer Prätorianer zum Ziel. Dieses Alles sei das Resultat der politischen Krise des vorigen Jahres. Wenn diese Politik der Gegenwart sich nicht beseitigen lasse, werde sie den bewaffneten Frieden in einen hartnäckigen Krieg verwandeln.

Konstantinopel, 16. Dezember. Der heutige „Levant Herald“ meldet: Der am letzten Mittwoch abgehaltene Ministerrat beschloß, auf die von den kretischen Delegirten geforderten Konzessionen einzugehen. Es tritt somit eine mehrjährige Steuerbefreiung ein; ferner wird eine Bank zur Unterstützung und Hebung der Landwirtschaft errichtet; Schiffahrt und Handel sollen durch Drosselung und Besserung der Häfen gefördert werden, außerdem werden die Bestimmungen über die Abgaben, welche für Stellvertretung im Kriegsdienste zu leisten sind, einer Revision unterworfen werden.

Pommern.

Stettin, 18. Dezember. (Stadtverordneten-Sitzung vom 17. d. Mts. Schluß.) Der Magistrattheilte der Versammlung mit, daß die beiden neuen Schulhäuser in der Wallstraße zu Ostern d. J. fertig werden und daß mit der Neubildung des Lastabfertigungs- und verschiedene umfassende Veränderungen des inneren städtischen Elementar-Schulwesens absichtigt werden, zu welchem Ende die von der Schul- und Finanz-Kommission geprägten Vorschläge des Magistrats von dem Referenten, Hrn. Dr. Sievert vorgetragen werden. Aus dem sehr umfassenden Exposé haben wir insbesondere hervor, daß es sich um die Errichtung niedriger und höherer Elementarschulen bei Normierung entsprechender Schulgebäude (unter gleichzeitigem Fortfall des jetzt zur Erhebung gelangenden Holz- und Turmgeldes), ferner um eine angemessene Beschränkung der jetzt in bedeutender Höhe vorhandenen Freischulstellen und endlich um einen gleichmäßigen Satz für die Gewährung der sogenannten kleinen Schulbedürfnisse handelt. Was nun die Organisation im Allgemeinen betrifft, so gab nur ein Vorschlag der Schulkommission, dahin gehend: „in einzelnen Schulen einen besondere Conus für zahlende und nichtzahlende Schüler einzurichten“, welcher Vorschlag aus finanziellen Gründen von den Herren: Dr. Wolff und Reimarus vertheidigt, dem aber namentlich von den Herren Stadtschulrat Balsam u. Dr. Bachariae widergesprochen wurde, zur Debatte Veranschlagt, die mit der Ablehnung des Antrages der Schulkommission endete. An Schulgebäude soll nach den Vorschlägen des Magistrats erhoben werden: in den niedrigeren Elementarschulen pro Kind monatlich 8 Sgr., in den gehobenen Schulen in den beiden unteren Klassen 12, in den oberen 15 Sgr. Ferner will der Magistrat die Vergütung für die kleinen Schulbedürfnisse durchweg auf monatlich 2 Sgr. festgesetzt wissen. Nur bei dem ersten Punkte ist die Finanz-Kommission nicht einverstanden, schlägt vielmehr eine Erhöhung des Schulgeldes von 8 auf 10 Sgr. vor. (Bei den Schulgebäuden fällt das jetzt übliche besonders zu entrichtende Holz- und Turmgeld fort.) Herr Dr. Möst erklärt sich gegen das Amendum der Finanz-Kommission und empfiehlt dessen Ablehnung, ebenso erscheint ihm der Durchschnittssatz von monatlich 2 Sgr. für kleine Bedürfnisse nicht gerechtfertigt, er empfiehlt vielmehr, für die unteren Klassen 1 Sgr. und nur für die oberen 2 Sgr. festzusetzen. Herr Stadtschulrat Balsam bittebt ebenfalls dringend, von der beantragten Erhöhung des Schulgeldes zu abstricken, da dasselbe größtentheils von dem Arbeiterschlange angehörigen Familienvätern zu zahlen sei, denen die Zahlung tatsächlich zu schwer falle. Dagegen vertheidigt er den vorgeschlagenen Satz von 2 Sgr. für die kleineren Bedürfnisse, der durch die Befürchtung in den unteren Klassen ein viel schwererer, als in den oberen Klassen sei. Hr. Dr. Ameling für die Erhöhung unter Hinweis auf den bedeutenden Zuschuß, den die Kämmererkasse für den Volksschulunterricht jetzt zu leisten habe. Jeder Familienvater habe die Pflicht, die Kosten der Bildung seiner Kinder ebenso wie die sonstigen Bedürfnisse der Eltern zu bestreiten. Auch müsse Leistung und Gegenleistung in ein richtiges Verhältnis gebracht werden. Er empfiehlt deshalb die Annahme des Vorschlags der Finanz-Kommission. Der Referent, Herr Dr. Sievert, erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden. Das Ordinarium im städtischen Etat für die Unterhaltung der Volksschule erreichte bereits die Höhe von 51.000 R. Herr Dr. Balsam: Der Schulgeldsatz von 8 Sgr. involviere keine Ermäßigung der jetzigen Einnahme, sondern gewähre nach ungefährer Berechnung ein Plus von circa 700 R. Gerade in armen Familien herrsche notorisch ein erschrecklicher Kinderverelthum und wiederholt müsse er darauf weisen, daß ein höherer Satz für manchen Familienvater geradezu unerschwinglich sei, weshalb er nochmals bitten, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen. Auch Herr Keil stimmt diesem Antrage bei. Günstiger werde sich die Sache von selbst durch eine successive Reform des Freischulstellenwesens gestalten. Bei der Abstimmung wird der Antrag der Finanz-Kommission, das Schulgeld auf 10 R. zu erhöhen, abgelehnt; ebenso ein Zusatzantrag des Herrn Professors Schmidt, auch in der Otto- und gehobenen städtischen Lägerküche die Zahlung des Holz- resp. Holz- und Turmgeldes aufzuheben. Endlich fasst die Versammlung nach den Anträgen der Finanz-Kommission noch folgende Beschlüsse: 1) den Magistrat um eine Vorlage darüber zu ersuchen, nach welchem Prinzip künftig Freischulstellen verliehen werden sollen; 2) in den gehobenen Elementarschulen Freischulstellen nur bis zur Höhe von 2½% der Schülerzahl und auch nur in den Fällen zu bewilligen, wenn der betreffende Bezirkvorsteher nach den Erwerbs- und Vermögensverhältnissen der nachlängenden Eltern die dringende Notwendigkeit der Bewilligung ausdrücklich bescheinigt. — Eine größere und theilweise äußerst erregte Debatte rief sodann noch ein von der Rechnungs-Abschne-Kommission gestellter Antrag bezüglich der Erledigung eines gegen die Rechnung pro 1865 gezogenen Notizs hervor. Einem längeren Streitgegenstand zwischen den städtischen Behörden bildet belästiglich die schon vielfach ventilierte Frage: ob der Magistrat berechtigt sei, zu den Kosten des städtischen Feuerlöschwesens aus der Kasse der städtischen Feuerwehr einen Jahresbeitrag (von jetzt 3000 R.) zu fordern, welche Berechtigung die Verabsiedlung bisher stets bestritten hat und welcher Gegenstand mit Veranlassung gewesen ist, der Rechnung pro 1865 die Debürge zu verlängern. Auf Grund der vom Magistrat in einem Schreiben vom 23. August d. J. entwickelten Gründe und nochmaliger eingehender Prüfung der Sache ist die Rechnungs-Abschne-Kommission nun, wie der Referent ungeachtet des von einem Mitgliede dagegen erhobenen Widerworts auf Grund der Alten behauptet, einstimig zu dem Beschuß gelangt, der Versammlung zu empfehlen, das Notizs gegen die Rechnung pro 1865 fallen zu lassen. Gegen diesen Beschuß traten vorzugsweise die Herren Dr. Bachariae und Ameling auf, indem nach ihrer Ansicht durch die neuere Auseinandersetzung des Magistrats entschieden in der Sache gegen früher nichts geändert werde. Für den Antrag der Rechnungs-Abschne-Kommission, der hauptsächlich von dem Herrn Kämmerer Hoffmann Namens des Magistrats und von dem Herrn Reimarus Namens der Kommission vertheidigt wurde, sprachen außerdem noch die Herren Haker, Keil und Bettefeldt, wobei letzterer besonders betonte, daß wenn er auch juridisch dem Rechte des Magistrats nicht überzeugt sei, er doch aus „Zweckmäßigkeitsgründen“ für den vorliegenden Antrag stimmen werde. Auch Herr Bürgermeister Sternberg empfahl, ohne auf die materielle Seite der Frage spezieller einzugehen, sehr warm die endliche Beseitigung des schwelenden Konflikts, damit der neue Magistratsdirektor bei seinem bevorstehenden Eintreffen „reinen Tisch“ finde. Die Abstimmung ergab die Annahme des von der Rechnungs-Abschne-Kommission gestellten Antrages mit 25 gegen 20 Stimmen.

Vom Jahre 1868 ab fallen die bisher bei sämtlichen Truppenheiten der Armee noch für den Feldgebrauch als etatmäßige Bekleidungsstücke zur Tragung bestimmten Tuchhandschuhe für die Unteroffizierscharen gänzlich fort. Ebenso wird von dem gedachten Zirkel ab die bisherige Wattierung der Waffenrock überall unterbleiben.

— Auf der Nüsschen Werft in Grabow wird morgen Nachmittag um 2 Uhr das Barkenschiff „Vorwärts“ vom Stapel laufen.

— Das Asyl für Obdachlose im biesigen Polizeigefängnis zählt augenblicklich 16 Insassen, eine gegen sonst verhältnismäßig hohe Zahl.

— Der am Wege nach Grünhof auf dem Fischerischen Grundstück wohnhaften Wittwe B. wurde im August d. J. aus ihrer Wohnung ein eiserner Ofen gestohlen, welchen man vor einigen Tagen bei dem zu jener Zeit auf dem Grundstück in Arbeit gestandenem ehemaligen Schuhmacher Gustav Weigel vorfand und in Besitz nahm. W. bestreitet den Diebstahl des Ofens, er will denselben vielmehr von einem „Unbekannten“ gekauft haben.

Landwirthschaftliches.

(Die Ernte-Erträge des Jahres 1867 in der preußischen Monarchie. Zusammengestellt nach 1090 Berichten.) Vergleicht man die diesjährige Ernte mit der des Jahres 1866, so ergiebt sich aus der folgenden Gegenüberstellung der Erträge, daß die erste in 6 Fruchtgattungen eine geringere gewesen ist als die letztere, und andererseits diese in 5 Fruchtgattungen übertrifft:

	1867.	1866.	mehr.	weniger.
Weizen	0,74	0,90	—	0,16
Roggen	0,74	0,81	—	0,07
Gerste	0,87	0,85	0,02	—
Hafer	0,97	0,88	0,09	—
Erbsen	0,91	0,84	0,07	—
Buckweizen	0,83	0,89	—	0,06
Kartoffeln	0,77	0,71	0,06	—
Raps	0,66	0,83	—	0,17
Zuckerüben	0,79	0,96	—	0,17
Andere Rüben und Kohlgewächse	0,76	0,92	—	0,17
Lupinen	1,95	0,05	0,10	—

Der Strohtrug des Jahres 1867 ist gegen das Jahr 1866 geringer, beim Weizen 0,08, beim Roggen 0,19 und beim Buckweizen 0,27, dagegen aber höher: bei der Gerste 0,06, beim Hafer 0,18 und bei den Erbsen 0,10. — Der Körnerertrag des Weizens und Roggens ist in diesem Jahre ein durchaus ungenügender und besonders in den Provinzen Pommern und der Rheinprovinz ein sehr schlechter gewesen. — Auch der Ertrag an Kartoffeln ist gering (0,77), so daß derselbe die sehr schlechte Ernte des vorigen Jahres (0,71) nur um 0,06 übersteigt.

Schiffssberichte.

Swinemünde, 17. Dezember, Vormittags. Angelockene Schiffe: Express, Koepf von Rom. Strom ausgehend. Biel Pampeis. Vergangene Nacht Schneegestöß, jetzt Sturm.

Nachmittags. Die Schiffe Reaper, Cool und Cicilia, Svenson, kamen bei südl. Wind Vormittags im Schleppan von Dampfern hier an. Die aufwärts bestimmten Schiffe sind noch hier. Wind jetzt wieder westlich. Regenwetter. Strom eisfrei.

Börse-Berichte.

Stettin, 18. Dezember. Witterung: trüb und regnet. Temperatur +3° R. Wind: SW. Weizen wenig verändert, pr. 2125 Psd. loco gelber inländischer 93 bis 96%, daud Quat. bez. ungarischer 84—87 R. bez., besser 80, mährischer 88—92 R. bez., bunter polnischer 92—95 R. bez., 83 bis 85 Psd. gelber Dezember 93 R. Br., Frühjahr 96½ R. bez. u. Br., Mai-Juni 96½ R. Br.

Roggen loco stark gesunken, Termine unverändert, pr. 2000 Psd. loco 70—72 R. bez., ungarischer 73 R. bez., Dezember 72, 1/2, 1/2 R. bez. u. Br., Frühjahr 73 1/2, 73 R. bez. u. Br.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüßel stille, loco 10½, 10½, 12 R. bez. April—Mai 10½, R. Br., 10½, 12 R. bez.

Rappnuchen fremde frei Bahn 2 R. 4½ R. bez.

Petroleum loco 61½, 5 R. bez., Dezember 68, 4 R. bez.

Spiritus unverändert, loco ohne Fass 20%, 1/2 R. bez., Dezember und Januar 20 R. Br., Januar—Februar 20 R. Gd., Frühj. 20½ R. bez.

Angemeldet. 100 Wsp. Roggen.

Regulirungs-Preise: Weizen 93, Roggen 72½, Rüßel 10½, Spiritus 20.

Landmarkt.

Weizen 86—94 R., Roggen 70—73 R., Gerste 48—51 R., Erbsen 65—70 R. per 25 Scheffel Hafer 35—36 R. pr. 26 Scheffel, Stroh 7—8 R. bez., Hen pr. Cr. 15—20 R.

Hamburg, 17. Dezember. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco und am Termine ohne Kaufstift, späte Weizentermine sehr flau. Weizen pr. Dezember 5400 Psd. netto 167 Bankothaler Br., 166 Gd., pr. Dezember—Januar 165 Br., 164 Gd., pr. Frühjahr 168 Br., 167 Gd. Hafer ohne Kaufstift. Rüßel besser, loco 22½, per Mai 23½, Spiritus, Kaffee